



DFV-Nord:

Rückblick und Vorschau auf neue Vorhaben

Der Verbandstag des DFV findet vom 2. bis 3. Juni 2012 in Nürnberg statt. Er steht unter dem Motto: „Für eine humanistische Kultur der Vernunft – Volkssouveränität und internationale Solidarität gegen die Weltherrschaftspläne des Finanzkapitals mit seinen Krisen, Kriegen und der Kulturzerstörung“

Entsprechend der Satzung unseres Landesverbandes fand im Vorwege die Landeskongress des DFV Nord am 4. Februar in der „Kaffeewelt“ (Guttemplerhaus) in Hamburg statt. Mitglieder und Freunde verfolgten den Rechenschaftsbericht des Vorstands, den Kassenbericht und den Bericht der Revisoren. Die Revisoren beantragten die Entlastung des Kassiers und des Vorstands. Der Antrag wurde nach der Aussprache einstimmig angenommen.

Im Rechenschaftsbericht wurde über herausragende Ereignisse berichtet. Das waren Exkursionen mit dem Ziel Hamburg im Jahr 2010 und im Jahr 2011 besuchten wir mit dem Schwerpunkt die Moorlager in Esterwegen.

Die alljährlich stattfindenden Wochenendseminare hatten im Jahr 2009 das Thema die „Krake“ Bertelsmann, Referent der leider verstorbene Horst Bethge, im Jahr 2010 das Thema „Organisationsstrukturen des Freidenker-Verbandes“, Referent war der stellvertretende Verbandsvorsitzende Eberhard Schinck, und im Jahr 2011 das Thema „Religionskritik aus

marxistischer Sicht“ mit dem Referenten des Vorstandsvorstands Dr. Horst Schild. In den Jahren 2009 und 2011 fanden die Wochenendseminare im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ in der Nordheide und 2010 im Naturfreundehaus Kalifornien bei Kiel statt. Im Rahmen von Exkursion oder Wochenendseminar gab es auch immer einen kulturellen Abend mit Lesungen und Musik. Dort waren dann auch Freunde und Interessierte eingeladen.

Weitere Aktivitäten des Landesverbandes waren die aktive Teilnahme der Mitglieder an den Ostermärschen an verschiedenen Orten, Teilnahme bei Aktivitäten der AKW-Bewegung, Organisation von Informationsständen oder Teilnahme bei Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai, Kranzniederlegung alljährlich am 3. Mai zur Erinnerung an die Versenkung der Häftlingsschiffe in der Lübecker Bucht Neustadt-Pelzerhaken (Cap Arcona) im Jahr 1945.

Informationsstände wurden auch auf Stadtteilstesten, Sommerfest in „Heideruh“ und beim Tag des Friedhofs in Hamburg-Ohlsdorf durchgeführt.

Es blieb auch nicht unerwähnt, dass Mitglieder an den verschiedenen Konferenzen des Vorstandsvorstands teilnahmen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Diskussion und der Beschluss über eine neue überarbeitete Satzung. Mit Ergänzungen und wenigen Änderungen wurde diese dann

AUS DEM INHALT

Aus dem Inhalt:

Verbandsarbeit, Religions- und Kirchenkritik

Vor dem Verbandstag 2012 des DFV in Nürnberg:
Rückblick und Vorschau auf neue Vorhaben - von Angelika Scheer
Schach dem Karfreitag - Verbot der Schachmeisterschaft
Protest des DFV, Linkspartei u. a.
Krieg und Frieden: Kurzer Sommer der Frauen in der laizistischen Demokratischen Republik Afghanistan
Strafsteuer für Konfessionsfreie?

Aus den Regionen und den Ländern

Hamburg:

Du bist Griechenland - ein Hommage (mit Foto)
Streiflichter aus dem Widerstand nicht nur in Bergedorf/Plakat
Freidenker-Gedichte von Alfred Reht
Matthiae-Mahl im Rathaus - 30 000 Kinder hätten satt werden können.
Repression- Offener Brief der Linksjugend Hamburg
Naziaufmarsch am 2. Juni verhindern!

Niedersachsen:

Heideruh gesichert v. Raimund Gaebelein- Foto

Schleswig-Holstein:

Ostermarsch in Kiel - von Gerd Adolph

Mecklenburg-Vorpommern:

Neonazi-Parlamentarier vor Gericht

Demokratische Rechte

Unterstützerbrief - Vielfältige Veranstaltungen zu 40 Jahre Berufsverbote
GEW-Forderungen nach Rehabilitierungen

Kultur

„Was gesagt werden muss...“ - und nicht verschwiegen werden darf
Zum „Fall“ Grass - Eine Stellungnahme

Historisches:

Baruch Spinoza (1633-1677)
Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799)

Tipps und Termine

Stand: 15. 4. 2012/Sche

beschlossen. Nach dem Eintrag ins Vereinsregister werden alle Mitglieder die Satzung dann erhalten.

Bei der Neuwahl des Vorstands hat es keine Veränderungen gegeben. Gewählt wurde wie folgt: Vorsitzende Angelika Scheer, stellvertretender Vorsitzender Cornelius Kaal, Kassierer Gerd Adolph und Schriftführer Uwe Scheer. Auch die Revisoren Berend Buscher und Helmuth Sturmhoebel wurden im Amt bestätigt.

Die Wahl des Delegierten erfolgte entsprechend dem Vorschlag des Vorstands. Gewählt wurde Berend Buscher. Weiter sind kraft Amtes Angelika Scheer (Mitglied im geschäftsführenden Vorstand) und Cornelius Kaal (Vertreter für den Landesverband im Vorstand) Delegierte.

Auf der Landeskonzferenz konnte die Mitgliedschaft für Dr. Heinz-Jürgen Schneider (Rechtsanwalt in Hamburg) bestätigt werden. Er ist auch Mitglied des Beirats im DFV. Ein Leckerbissen war eine kurze Lesung aus seinem historischen Kriminalroman „Tod in der Scheune“.

Für die zukünftige Arbeit benötigt der Landesverband dringend Unterstützung in der Redaktionsarbeit. Die langjährige Redakteurin Dr. Elliemarie Simon (Neustrelitz) ist aus der Redaktionsarbeit ausgeschieden. Sie ist aber bemüht mit einzelnen Beiträgen präsent zu bleiben. Für ihren persönlichen Einsatz in der Redaktionsarbeit für den Rundbrief und die weitere Betreuung der Mitglieder in Neustrelitz wurde ihr ausdrücklich gedankt.

Am 24. März hat die erste Vorstandssitzung des Landesvorstands in Hamburg stattgefunden. Die Landeskonzferenz wurde positiv eingeschätzt und die weiteren Vorhaben diskutiert und festgelegt. Die zwei weiteren Vorstandssitzungen werden in Lüneburg und Neustrelitz stattfinden. Dazu siehe auch unter Tipps und Termine. Die diesjährige Exkursion findet vom 27. bis 29. 4. statt.

Das Wochenendseminar wird nicht im September, sondern am ersten oder zweiten Wochenende im Oktober durchgeführt. Der Arbeitstitel lautet: Freidenker – Kind der Aufklärung. Einbeziehung der Entwicklung der Freidenkerarbeit in der DDR und Heraushebung des Bezugs auf die Arbeiterbewegung bei der Entwicklung des Freidenker-Verbandes. Referent NN.

Eine geplante Tagesexkursion nach Kiel mit einem thematischen Stadtrundgang wird vom 16. Juni auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, weil zeitgleich die Kieler Woche läuft. Da ist es laut kompetenter Auskunft nicht möglich eine Stadtführung durchzuführen.

Wie alljährlich beteiligen sich unsere Mitglieder an den Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai und in Hamburg wird es wieder einen Infostand geben.

Am 12. Mai findet die „Klotzparty“ mit dem vierten Friedensfest für ein Deserteursdenkmal am „Kriegsklotz“ beim Dammtorbahnhof in Hamburg statt. Der DFV ist aktiv im Bündnis für ein Deserteursdenkmal. Die beschlossene Teilnahme bzw. die Unterzeichnung für die Ostermärsche hat stattgefunden.

In Hamburg wird das Thema Kirchen-Staatsverträge mit informellen Gesprächen und der Klärung von Möglichkeiten des Widerstands dagegen zeitnah angegangen.

Veranstaltungen bzw. Treffen von Freidenkern in Lübeck und Bremen sind in der Planung und vorgesehen. Termine stehen aber noch nicht fest.

Auf dem Verbandstag in Nürnberg werden Satzungsänderungen der Bundessatzung diskutiert werden. Der Ände-

rungsantrag lag dem Landesvorstand vor und wurde diskutiert. Der Landesvorstand wird in einem Antrag Änderungen vorschlagen um zu gewährleisten, dass nur das Nötigste in der Satzung enthalten ist.

Thematisiert wurde auch wieder, dass die Mitglieder gebeten werden ausstehende Mitgliedsbeiträge mit dem Überweisungsträger oder per Dauerauftrag zu überweisen. Mitgliedern und Spendern sei hier für Zuwendungen herzlich gedankt.

Angelika Scheer

1. Bild: Mitglieder und Gäste auf der LK

2. Bild: Die zwei Vorsitzenden
Angelika Scheer (Vorsitzende)

Cornelius Kaal (Stellv. Vorsitzender), von rechts nach links

3. Bild: Rechtsanwalt Dr. Heinz-Jürgen Schneider liest aus einem seiner Krimis (rechts im Bild)



Schach dem Karfreitag in Bayern

Wegen des Protestes der Kirchen mussten die Mittelfränkischen Schachmeisterschaften in Weißenburg bereits am gestrigen Gründonnerstag beendet werden. In der mittelfränkischen Kreisstadt haben sich deshalb der Linksparteinahe Jugendverband [solid], der Kreisverband Weißenburg-Gunzenhausen/Ansbach der Linkspartei, das örtliche Netzwerk Linker Aktivist/-innen sowie der Deutsche Freidenker-Verband (DFV) Nürnberg zu einem Bündnis zusammengefunden, um öffentlich Schach zu spielen. „Wir sind der Ansicht, das Versammlungsrecht ist ein hohes Gut der Demokratie und steht über dem Feiertagsgesetz. Dies am Karfreitag nicht zuzulassen ist eine Nichtrespektierung der Bedürfnisse von Nichtchristen sowie Schachbegeisterten. Von einer toleranten Kirche erwarten wir mehr. Schach hat nichts mit Krach und Remmidemmi zu tun“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung.

„Auch wir sind für einen einkaufsfreien Sonntag, aber nicht wegen irgendwelchen Glaubensdogmen, sondern aus arbeitsrechtlichen Gründen zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen. Dies bedeutet allerdings auch konkret, nicht alle Aktivitäten an Feiertagen über einen Kamm zu scheren. An Feiertagen sollte für die Menschen die Entspannung, aber auch die freie Wahl der eigenen Freizeitgestaltung im Mittelpunkt stehen dürfen. Bei den christlichen Kirchen scheint es beim Ersteren stehen zu bleiben“, so das Bündnis weiter, das sich für eine klare Trennung von Staat und Kirche einsetzt: „Der Glaube ist eine Privatsache. Dies bedeutet beidseitige Grenzen zwischen den Anliegen zweier von vielen Glaubensgemeinschaften in Deutschland zu akzeptieren, aber auch seitens der Glaubensgemeinschaften den öffentlichen Frieden zu den Bedürfnissen und Anliegen von beispielsweise Schachbegeisterten zu tolerieren.“

Mit der als Kundgebung angemeldeten und genehmigten Schachveranstaltung am Karfreitag soll auch die nach Ansicht der freidenkerischen Schachfreunde klare Verfehlung der Stadtverwaltung mit OB Jürgen Schröppel (SPD) an der Spitze kritisiert werden: „Ohne eine demokratische Diskussion und Abstimmung mit den politischen Kräften in Weißen-

burg wurde die Entscheidung getroffen, die Mittelfränkischen Schachmeisterschaften einzuschränken. Als Messlatte wurde die Zustimmung der Kirchen zugelassen. Wir wollen wissen, wieso ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister entgegen dem Geist der Vernunft und Aufklärung den kirchlichen Institutionen soviel Macht zugesteht.“

Deshalb soll heute ab 15 Uhr auf dem Martin-Luther-Platz in Weißenburg mit Schachbrettern, Schachfiguren und SchachspielerInnen gegen diesen Affront von christlichen Kirchen und Stadtverwaltung ein Zeichen gesetzt werden. „Wir hoffen auf die Respektierung dieses Anliegens durch die Kirchen und setzen auf Stille und Konzentration bei einer guten Partie Schach.“

Unterstützt werden die SchachfreundInnen auch von der örtlichen Piratenpartei. Ihr Sprecher Daniel Gruber erklärt in seinem Internetblog: „Wie jedes Jahr am Karfreitag (gilt in Bayern) ein ganztägiges Tanzverbot. Dieses Tanzverbot ist nur ein Beispiel dafür, dass es zwar eine Freiheit der Religionsausübung gibt, man jedoch nicht frei von religiöser Bevormundung ist. Wir leben in einer pluralistischen und vielfältigen Gesellschaft, in der eine klare Trennung von Staat und Religion angebracht wäre. Die Privilegierung der christlichen Kirchen durch den Staat ist nicht mehr zeitgemäß.“ Das Weißenburger Schachverbot bezeichnet er als absurd: „Ich bin mir noch nicht ganz sicher, was hier schwerer wiegt. Dass die christlichen Kirchen sich am Schachspielen stören und deswegen jedem vorschreiben möchten, wie man seinen Feiertag eben nicht verbringen darf, oder die Tatsache, dass Herr Schröppel hier Genehmigungen der Stadt Weißenburg erst von Gottes Gnaden absegnen lässt. Ich möchte nochmals herausstellen, dass es sich um Schach handelt. Ich kann mir kaum eine Beschäftigung vorstellen, diesen sogenannten „stillen Feiertag“ noch ruhiger zu begehen. Es ist auch bemerkenswert, dass die Meisterschaften bisher jedes Jahr am Karfreitag stattfinden konnten, nur nicht in Weißenburg.“

*Mit freundlicher Genehmigung aus www.redglobe.de
Freitag, den 06. April 2012 um 10:49 Uhr*

Frauen frei in Kabul?

Kurzer Sommer der Frauen: Schülerinnen in Masar-i-Sharif 1980 in der laizistischen Demokratischen Republik Afghanistan

Was der CDU-Politiker Heiner Geißler noch am Sonntag als Befürchtung für den Fall eines schnellen Abzugs der NATO-Truppen aus Afghanistan äußerte, nämlich dass die Frauen des Landes in ihren eigenen Häusern nicht mehr sicher sein würden, hat der afghanische Präsident von Gnaden der Besatzungstruppen, Hamid Karsai, wenige Tage vor dem heutigen Internationalen Frauentag ausdrücklich gebilligt. In einem von Karsai veröffentlichten Edikt des religiösen Ulema-Rates heißt es, das Schlagen und Drangsalieren von Frauen sei verboten, wenn es dafür keinen Grund gebe, der mit

dem islamischen Recht, der Scharia, vereinbar sei. Weibliche Personen hätten den Anweisungen und Verbote der Scharia zu gehorchen, dazu gehöre die Verschleierung. Außerdem dürften Frauen in der Ausbildung, im Büro, beim Einkaufen oder auf Reisen keinen Umgang mit fremden Männern haben. Polygamie sei dagegen erlaubt.

Mit der Behauptung, man wolle ebensolche Zustände beseitigen, hatte die rot-grüne Bundesregierung im Herbst 2001 für die deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg geworben. Afghanische Frauenrechtlerinnen wie Malalai Joya, der als NATO-Gegnerin der Friedensnobelpreis bisher verwehrt blieb, entlarvten die regionalen Verbündeten der NATO als fundamentalistische Warlords, die zwar in Rivalität zu den Taliban stünden, jedoch deren Brüder im Geiste sei-

en. Joya, die 2005 als jüngste Abgeordnete ins afghanische Parlament einzog, wo sie nach einer gewagten Rede als Hure beschimpft und suspendiert wurde, lebt heute im Untergrund und muss von Bodyguards beschützt werden. Bei Auftritten im Ausland fordert sie den Abzug der Besatzungstruppen.

Die bekannteste afghanische Frauenrechtsorganisation RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan) hatte schon am 14. September 2001 vor einem Militärangriff auf ihr Heimatland gewarnt – drei Tage nach den Terroranschlägen von New York. Der Hauptverdächtige Osama bin Laden sei der „Goldjunge der CIA“ gewesen, hieß es in der RAWA-Erklärung. Die Frauenrechtlerinnen warfen der US-Regierung vor, den pakistanischen Diktator Mohammed Zia-ul-Haq in den 1980er Jahren bei der Gründung religiöser Schulen unterstützt zu haben, aus denen die Taliban hervorgingen. Im Kampf gegen den Kommunismus galt der islamische Fundamentalismus als kleineres Übel und wurde von den USA gegen die mit der Sowjetunion verbündete Demokratische Republik Afghanistan in Stellung gebracht. Deren Regierung hatte dort Zwangsehen verboten und Frauenrechte gestärkt. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 konnte sich die laizistische Regierung nicht mehr halten; die Islamisten übernahmen Anfang der 1990er Jahre die Macht und verwehrten Frauen Bildung und Arbeit. Die Feministinnen von RAWA organisierten in den Flüchtlingslagern und im Untergrund die Alphabetisierung von Mädchen und versuchten im Ausland Unterstützung für ihren Widerstand zu gewinnen. Nach den Anschlägen von New York

2001 blieb ihr Appell wirkungslos. „Während wir zum wiederholten Male unsere Solidarität mit dem amerikanischen Volk ausdrücken und unsere Trauer um die Opfer und ihre Hinterbliebenen, glauben wir jedoch nicht, dass die Trauer des amerikanischen Volkes durch einen Angriff auf Afghanistan und die Tötung der ruinierten und verzweifelte afghanischen Bevölkerung vermindert werden kann“, erklärte RAWA vergeblich.

*Mit freundlicher Genehmigung
der Tageszeitung „junge Welt“, Berlin
08.03.2012
Von Claudia Wangerin*



Sänger Peter Gutzeit singt vor dem Kriegsklotz in Hamburg bei einer Veranstaltung der Initiative für ein Deserteursdenkmal sein Kandahar-Lied gegen den Afghanistankrieg. Eigenfoto

Strafsteuer für Konfessionsfreie?

Als absurde Provokation bezeichnet der oberösterreichische KPÖ-Landessprecher Leo Furtlehner den Vorstoß von Agrarlandesrat Max Hiegelsberger (ÖVP), ausgetretene Kirchenmitglieder, Konfessionslose oder Angehörige anderer Religionsgemeinschaften durch eine als Kulturabgabe getarnte Strafsteuer zur Erhaltung kirchlicher Bauten zur Kasse zu bitten. „Hiegelsberger vertritt damit ein vorgestriges Gedankengut, das jedem elementaren Verständnis von Religionsfreiheit sowie der Trennung von Kirche und Staat widerspricht. Nach seiner Logik könnte auch jeder private Hausbesitzer, der ein als Kulturgut definiertes Objekt besitzt, verlangen, dass alle Nichtbesitzer für dessen Erhaltung zu zahlen haben“, so Furtlehner.

Der ÖVP-Politiker unterschlägt wohlweislich, dass Bund, Land und Gemeinden ohnehin jährlich die Erhaltung kirchlicher Bauten oder Einrichtungen mit zig Millionen Steuergeldern subventionieren. Ebenso, dass die katholische Kirche wie auch andere Religionsgemeinschaften von der Grundsteuer befreit sind und durch das Konkordat sich die Kirche staatlicher Institutionen bei der Eintreibung des Kirchenbeitrages bedient.

Wenn die Kirche als einer der größten Grund- und Immobilienbesitzer zunehmend Probleme hat, die Fülle ihrer Bauten zu erhalten muss sie sich selber überlegen, wie sie dies finanziert, sei es durch Eintrittsgelder in kulturell bedeutsame Kirchenbauten, sei es durch Sponsoring oder durch andere Nutzungsmöglichkeiten oder durch Verkauf. Die wachsen-

de Zahl von Kirchenaustritten ist durch die eigene Haltung der Kirchenhierarchie verursacht. Seit 2006 sind der Kirche 312.497 Schäfchen davongelaufen, die aktuellen Zahlen 2011 sind die zweithöchsten seit Jahrzehnten.

Die KPÖ Oberösterreich nimmt den Hiegelsberger-Vorstoß zum Anlass, neuerlich zur Unterstützung des Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien aufzurufen. Dem 2011 gestarteten Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien fehlen noch rund 600 Unterstützungserklärungen zu den benötigten 8.032, um während einer vom Innenministerium festgelegten Eintragswoche öffentlich zur Unterstützung ausgelegt zu werden.

Das Volksbegehren gegen Kirchenprivilegien, die größtenteils aus der Zeit des Austrofaschismus oder sogar noch aus dem Mittelalter stammen, fordert die Abschaffung kirchlicher Privilegien, eine klare Trennung von Kirche und Staat und die Streichung gigantischer Subventionen an die Kirche durch ein Bundesverfassungsgesetz und darüber hinaus ein Bundesgesetz zur Aufklärung kirchlicher Missbrauchs- und Gewaltverbrechen.

*Informationen über die Kampagne gegen Kirchenprivilegien:
www.kirchen-privilegien.at*

*Aus: www.redglobe.de
Österreich*

Donnerstag, den 12. Januar 2012 um 17:35 Uhr

Aus den Regionen und den Ländern

Mikis Theodorakis: Du bist Griechenland

Eine Hommage

Gerhard Folkerts (Komponist, Konzertpianist und Theodorakis-Kenner) sagt über Mikis Theodorakis:

„Wenn es um die Selbstständigkeit und Freiheit seines Landes geht, mischt Mikis Theodorakis sich ein – so wie er sich von Jugend an einmischte und für die Freiheit kämpfte, ohne Rücksicht auf sein Leben, aber stets im Schutze seiner Musik.“

Das ist ein Zitat aus dem Programmheft vom 1. April 2012 einer Matinee im Hamburger Schauspielhaus. Die Veranstaltung hatte den Titel: DU BIST GRIECHENLAND

Die Zuschauer und Zuhörer im fast ausverkauften Schauspielhaus erlebten einen beeindruckenden Vormittag, der von Solidarität mit dem gebeutelten griechischen Volk geprägt war. Der ungeheuerlichen Erpressung der Finanzwirtschaft und durch die Federführung der französischen und deutschen Regierungen erlebt das griechische Volk gegenwärtig ein menschliches und wirtschaftliches Desaster.

Mit der Waffe der Kunst wurde dieser unmenschlichen Politik Großes entgegengesetzt. Neben dem oben erwähnten Gerhard Folkerts am Klavier rezitierte Rolf Becker Texte und es sang Julia Schilinski Lieder von Mikis Theodorakis und anderen. Diese drei Künstler treten seit 2009 mit Theodorakis-Programmen auf. Im zweiten Teil der Matinee trat die Hamburger Singakademie unter anderem mit „Canto General“ (Text Pablo Neruda und Musik Mikis Theodorakis) auf. Der Autor und Griechenlandkenner Eberhard Rondholz las eigene Texte.

Etliche Mitglieder des Deutschen Freidenker-Verbandes haben diese Matinee gehört und gesehen und waren ausnahmslos begeistert.

Angelika Scheer

Streiflichter aus dem Widerstand nicht nur in Bergedorf

Traditionell organisiert die VVN-BdA Hamburg zum 8. Mai eine Veranstaltung, seit einigen Jahren zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V., diesmal in Bergedorf. Mit dabei ist auch der DGB Bergedorf im Rahmen der Woche des Gedenkens. Eingeladen wird zu einer Lesung und Gitarrenmusik am 8. Mai im Gewerkschaftszentrum am Bergedorfer Hafen, Serrahnstraße 1, ganz in der Nähe des Bahnhofs. Einlass ist ab 19.30 Uhr, Beginn um 20.00 Uhr. Es lesen Jugendliche der AG Jugendweihe aus dem Buch „In Bergedorf war alles genauso!“ von Alfred Dreckmann. Die Texte wurden ausgewählt und bearbeitet von Helmut Sturmhoebel. Die Lesung wird musikalisch eingerahmt vom Duo Acoustic Groove Duo, bestehend aus Wolfgang Dreller und Jörn Rönneburg.

In der Lesung wird erinnert an den Widerstand der Kom-



Foto: Gabriele Serfft

munisten Ferdinand Buhk, Emil Dröse, des Ehepaares Schweim, an Carl Boldt, Max Schlichting, der Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Michel Pritzl und Anni Bartels sowie des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes mit Curt Bär, der in Bergedorf für den Deutschen Freidenker-Verband auch Jugendweihekurse leitete.

Der Mut zum Widerstand endete für alle genannten mit Folter und Haft, für einige auch mit dem Tod. Faschismus war und ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Hieran soll mit der Erinnerung an einige beispielhafte Menschen gedacht werden. Der Eintritt ist frei, Spenden sind willkommen.

Helmuth Sturmhoebel

Streiflichter aus dem Widerstand nicht nur in Bergedorf

Lesung und Gitarrenmusik im Gewerkschaftszentrum

am Bergedorfer Hafen, Serrahnstraße 1

Dienstag 8. Mai 2012

Einlass 19.30 Uhr – Beginn 20.00 Uhr

Der Eintritt ist frei – Spenden sind willkommen.

Es lesen Jugendliche der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V. aus dem Buch „In Bergedorf war alles genauso!“ von Alfred Dreckmann, ausgewählt und bearbeitet von H. Sturmhoebel

musikalisch eingerahmt vom

Acoustic Groove Duo

Wolfgang Dreller und Jörn Rönneburg

Eine Veranstaltung im Rahmen der Woche des Gedenkens.



Die Veranstalter innen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht nach § 6 Versammlungsgesetz Gebrauch zu machen und Personen, die der NPD, DVU, Die Freiheit, den Autonomen Nationalisten, den Freien Kameradschaften sowie sonstigen rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen oder rechtspopulistischen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalstische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder sie von dieser auszuschließen.

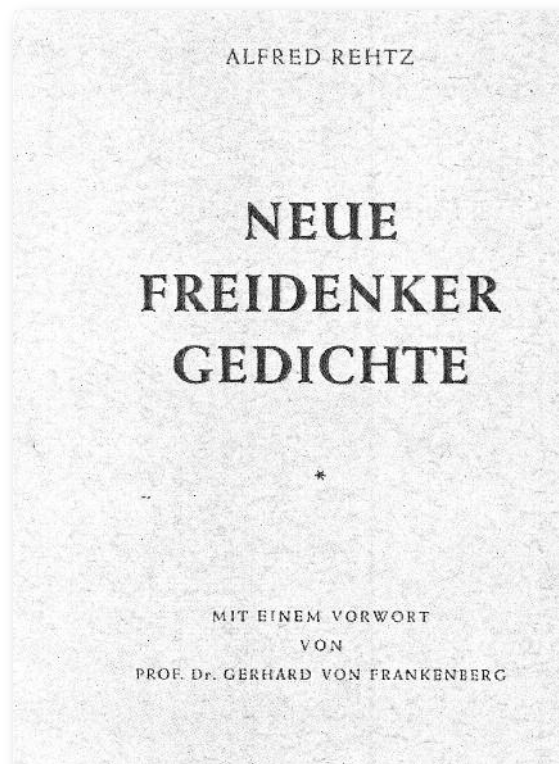
ALFRED REHTZ

NEUE FREIDENKER GEDICHTE

MIT EINEM VORWORT VON
PROF. Dr. GERHARD VON FRANKENBERG

Die ihr durch unsre Jugendweihen geht
und Waffen für den Geisteskampf empfingt:
Bleibt bei uns, formt zu Gruppen euch,
die halten, ihr sollt die bessere Zukunft doch gestalten.

Begnügt euch nicht mit einem ersten Schritt,
werbt für das Häuflein freier Denker mit.
Wir Alten sterben fort im Lauf der Zeit.
Sorgt, dass ihr selber dann die Lehrer seid!



Matthiae-Mahl 2012: Solidarität mit der griechischen Bevölkerung statt Hofierung der „Eliten“. Protest vor dem Hamburger Rathaus

Der sozialdemokratische Bürgermeister Olaf Scholz lädt am heutigen Freitag zum traditionellen Matthiae-Mahl, einem Festessen, ins Hamburger Rathaus ein. Ein Hamburger Bündnis aus attac, Die Linke., Echte Demokratie Jetzt, Avanti – Projekt undogmatische Linke und empörten BürgerInnen, protestiert am gleichen Tag ab 17 Uhr auf dem Jungfernstieg, Höhe Reesendambrücke, gegen diese Hofierung der „Eliten“ aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf Kosten der Allgemeinheit und solidarisiert sich mit denjenigen, die sich momentan in Griechenland gegen die Troika-Politik wehren. „Wir wenden uns gegen die Ausrichtung eines Festmahls ausgerechnet zu Ehren der wohlhabenden Bürger dieser Stadt und insbesondere gegen die Einladung der Ehrengäste. Diese haben daran mitgewirkt, dass die Ursachen der Finanzkrise nicht beseitigt wurden. Im Gegenteil, sie haben die Eurokrise mit ausgelöst. Außerdem stehen sie für eine brutale Sparpolitik, die in Griechenland mit massiven Kürzungen der Einkommen durchgesetzt wird“ so Marie Vernhes aus dem Vorbereitungs-Bündnis.“

Ehrengäste sind in diesem Jahr der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, sowie Jürgen Fitschen, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG.

„Mit den rund 88.000 Euro, die das Matthiae-Mahl für 400 Gäste kostet, könnten knapp 30.000 Kinder eine kostenlose warme Mahlzeit bekommen. Mehr als gar nichts in einer Stadt mit den meisten Millionären Europas, in der

zugleich 23 Prozent der Kinder in Armut leben“, so Ljana Zár vom Bündnis.

Mit der Kundgebung gegen die Durchführung des Matthiae-Mahls solidarisiert sich das Bündnis mit den Menschen, die in Griechenland gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen kämpfen. Die Kundgebung ist zugleich der Hamburger Auftakt für die im Frühjahr geplante Großaktion in Frankfurt gegen die Politik der EU-Troika und gegen die kapitalistische Ausplünderung Europas und der ganzen Welt.

Die Hamburger Linkspartei rechnet vor, dass für die Schlemmerei pro Person 231 Euro ausgegeben werden. Zum Matthiae-sind rund 380 Gäste eingeladen. Die Kosten im letzten Jahr beliefen sich auf 87.762,87 Euro. Die Linke kritisiert: „Obwohl das Matthiae-Mahl in Einklang mit der Tradition in schwierigen Zeiten ausgesetzt werden kann, sieht auch der SPD-Senat dafür keine Veranlassung. Genauso wenig möchte der Senat das Festmahl für die zahlungskräftigen Gäste durch Eintrittspreise finanzieren oder die Gästelite um Arme und Obdachlose ergänzen.“ Hartz IV-EmpfängerInnen müssen sich gegenwärtig mit 4,43 Euro den ganzen Tag verpflegen, Gefangene mit 3,10 Euro (Stand 2010), wovon 0,87 Euro für das Abendessen vorgesehen sind.

Cansu Özdemir, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft, erklärt dazu: „Angesichts der wachsenden sozialen Spaltung, der hohen Obdachlosigkeit, der wachsenden Wohnungsnot und Armut in der Stadt ist es politisch nicht tragbar, dass der Senat öffentliche Gelder für ein Luxus-Festmahl verschwendet. Die teure Elitenspeisung sollte nicht von den Steuerzahlern, sondern von den zahlungskräftigen Gästen finanziert werden.“

*Attac Hamburg, DIE LINKE. Landesverband Hamburg,
Echte Demokratie Jetzt, Avant-Projekt undogmatische Linke
und empörte Bürger/-innen
(Aus der Presseerklärung des Bündnisses)*

Den Naziaufmarsch stoppen Internationale Solidarität statt völkischer Wahn

Für Samstag, den 2. Juni 2012 planen Nazis einen überregionalen Aufmarsch durch Hamburgs Innenstadt unter dem volksverhetzenden Motto „Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“. Sie wollen damit ihre menschenfeindliche, rassistische und auf Ausgrenzung basierende Politik öffentlich darstellen. Ihre neofaschistischen Positionen und Auftritte sollen zur Normalität werden. Am 27. Juni 2001 wurde der Kaufmann Süleyman Tasköprü in Hamburg-Bahrenfeld durch den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) ermordet. Die Veranstalter_innen dieses Aufmarsches rekrutieren sich aus dem Teil der Faschistenszene, aus deren Reihen sich u.a. der NSU bildete und unterstützt wurde: Kameradschaften, autonome Nationalisten und NPD.



Keine Zukunft den Faschisten

Das Hamburger Bündnis gegen Rechts ruft deshalb für den 2. Juni 2012 zu einem breiten Widerstand gegen die Faschisten und jede rassistische Stimmungsmache auf. Wir werden es nicht zulassen, dass sie ihre Hetze ungestört verbreiten können. Wir rufen alle Menschen dazu auf, den Nazis nicht die Straße zu überlassen und sich mit vielfältigen Formen des Protestes z.B. Kundgebungen, Demonstrationen, Blockaden gegen diesen Aufmarsch zu beteiligen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Aufmarsch zu verhindern. Am 1. Mai 2008 haben wir schon einmal erfolgreich den Nazis Paroli geboten.

Faschisten in der Tradition der NSDAP

Bereits in den Vorjahren fanden unter dem gleichen Motto Aufmärsche der Nazis in Pinneberg, Hildesheim und Braunschweig/Peine statt. Die Kameradschaftszene will damit in Norddeutschland ihre eigene Politikfähigkeit und Stärke beweisen und ein Event etablieren. Die NPD demonstriert bei dem Aufmarsch ihre Kooperationsbereitschaft mit den Nazi-Schlägern in SA-Tradition. In den jährlichen Aufrufen reden sie, ganz in der Sprache des NS-Verbrecherstaates, von „Überfremdungsirrsinn“, „Ausländerbanden“ und „Ghetto“. Sie fordern ein nach ‚völkischen Kriterien bereinigtes‘ Deutschland. In ihrer aktuellen Mobilisierung hetzen die Nazis seit Monaten nicht nur gegen Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge, sondern auch mit steckbriefähnlichen Pamphleten gegen antirassistische Menschen und Organisationen.

Wasser auf die Mühlen

Schon immer wurden Nazi-Parteien und Organisationen nicht nur geduldet, sondern verharmlost. Bei den Terrortaten des NSU, aber auch bei dem Massaker in Utøya in Norwegen, wurde zunächst immer wieder behauptet, es handelt sich nur um Einzeltäter_innen. Solche Taten entstehen auf dem Boden weit verbreiteter Ressentiments. Ausgelöst durch Thilo Sarrazin und befeuert durch bundesweit erscheinende Medien ging im Jahr 2010 erneut eine Welle von Rassismus durch Deutschland, der sich hauptsächlich gegen Muslime richtete. Die Bundeskanzlerin flankierte dieses mit den Worten „Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert, absolut gescheitert.“ Hingegen wurden und werden Nazigegnerinnen und -gegner oftmals belächelt, kriminalisiert, ihr Engagement gegen Neofaschismus als „Extremismus von links“ denunziert, und damit die Verbrechen des Faschismus relativiert.

Aus der Geschichte lernen □ .

Nach der Machtübertragung am 30. Januar 1933 wurde die politische Opposition ausgeschaltet. Die Gewerkschaften wurden zerschlagen, am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftshäuser besetzt. In den folgenden Jahren setzten die Nazis einen beispiellosen Völkermord gegen die europäischen Juden und die Sinti und Roma ins Werk. Der von Nazi-Deutschland begonnene Krieg führte zur Verwüstung weiter Teile Europas und zum Tod von mehr als 55 Millionen Menschen. Die Faschisten von heute sehen in den Nazi-Verbrechern von damals ihre Vorbilder.

□ . unsere Zukunft selbst gestalten

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, in der Platz für alle Menschen ist, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Weltanschauung, sozialem Status oder Behinderungen. Wir stellen uns gegen rassistische Erklärungsmuster oder Ausgrenzungen, die gesellschaftlichen Konkurrenzverhältnissen entspringen. In diesem Sinne sind alle Menschen aufgefordert, sich aktiv einzumischen für eine soziale Umgestaltung und Demokratisierung der Gesellschaft, um den Faschisten den Nährboden zu entziehen.

Wir fordern:

- Die vollständige Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen
- Lückenlose Aufklärung der Mordserie des NSU und der staatlichen Verstrickungen
- Gegen jegliche Ausgrenzung und Diskriminierung – gleiche Rechte für alle Menschen

Hamburger Bündnis gegen Rechts, 25.01.2012

Den Aufruf des Hamburger Bündnis gegen Rechts unterstützen:

Repression

„Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

(Max Reimann)

Mehrere lokale und regionale Medien haben in den vergangenen Tagen in Hamburg nicht nur über die Überwachung von 27 Linken-Bundestagsabgeordneten durch den Verfassungsschutz berichtet, sondern auch über die Spionage des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz im Landesverband der Partei DIE LINKE. Dabei stellte sich heraus, dass die Abgeordneten in der Hamburgischen Bürgerschaft und die Partei als Organisation seit 2008 nicht mehr überwacht werden, die Kommunistische Plattform und der Jugendverband Linksjugend [‘solid] hingegen schon. Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel wollte der Leiter der Behörde nicht ausschließen.

„Wenn wir in der Bundesrepublik überwacht werden, weil wir z. B. konsequent die Kriege ablehnen, die von deutschem Boden aus geführt werden und weil wir nicht eloquent parlieren, sondern unsere Kritik auch in der Praxis zum Widerstand entwickeln, zeigt das nur eines: Der Inlandsgeheimdienst interpretiert die Verfassung im Sinne der Herrschenden und wird als Instrument gegen linke Politik eingesetzt“, erklärt Christin Bernhold, Sprecherin der Linksjugend [‘solid] Hamburg. „Wir nehmen diese Reaktion in Kauf und lassen

linksjugend [‘solid]



uns nicht davon abhalten, weiterhin für eine Gesellschaft ohne Kriege und Ausbeutung einzutreten.“

Wenn die freiheitlich demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik überhaupt jemals vollständig eingehalten worden wäre, hätte es in diesem Staat kein KPD-Verbot, keine Berufsverbote, kein Hartz IV, keinen „Asylkompromiss“, keinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf Jugoslawien und auch keinen Nationalsozialistischen Untergrund gegeben. In Deutschland herrschen keineswegs Einigkeit und Recht und Freiheit, sondern Klassen, die ihre Interessen über allerlei Vermittlungsinstanzen wie den Verfassungsschutz politisch schützen und durchsetzen.

Dazu gehört, dass DIE LINKE und ihre politischen Projekte in der Öffentlichkeit nach Maßgabe der Extremismustheorie diskreditiert wird, obwohl sie nicht einmal die Verfassung in Frage stellt, sondern sich nur gegen die größten politischen Missstände auflehnt, die schon längst den Rahmen der Verfassung verlassen haben.

Weitere Informationen: www.solid-hamburg.org

Ostermarsch in Kiel: Weil wir Frieden wollen müssen wir die Politik in die eigenen Hände nehmen.

So lautete das Motto des diesjährigen Ostermarsches in Kiel. Benno Stahn vom Kieler Friedensforum eröffnete die Veranstaltung am Sonnabend, dem 7. April 2012, auf dem Asmus-Bremer-Platz in der Innenstadt Kiels. Es ging um die Konflikte in Afghanistan und Syrien.

Das Kieler Friedensforum, kirchliche Friedensgruppen, Gewerkschaften und Ärzte gegen den Atomkrieg hatten zur Teilnahme aufgerufen. Zu den Unterstützern gehörten unter anderem die DKP Schleswig-Holstein, die LINKE (Kreisverband Kiel und Landesverband SH), der Deutsche Friedenskerverband Landesverband Nord und Atomkraftgegner-Gruppen.

Der erste Redner war Wolfgang Erdmann als Vertreter der IG Metall. Er forderte unter großer Zustimmung der Ostermarschierer „Frieden made Germany“ statt ungehemmte Rüstungsexporte. Eine Gefährdung des Weltfriedens ist der Auftrag zum Bau eines bestückten U-Bootes für Israel.

Der zweite Redner war Superintendent i. R. Klaus Looft. Er zitierte ein berühmtes Gedicht von Paul Celan. (Immer noch sei der Tod „ein Meister aus Deutschland“.)

Die kulturelle Einlage brachte das Folkduo Eric & Anders.

Danach folgte der Ostermarsch, der etwa eine halbe Stunde dauerte, durch die Kieler Innenstadt. Um 14 Uhr fand die Abschlusskundgebung wieder auf dem Asmus-Bremer-Platz statt.

Bernd Meimberg vom ZAA (Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung SH) kritisierte neben dem U-Boot-Baufür Israel auch die geplante Stationierung von Großdrohnen in Jagel. Wenn Israel Iran angriffe, hänge Deutschland mit drin.

Das Gedicht von Günter Grass fand überwiegend Zustimmung.

Uwe Stahl (ver.di und attac) trat für die Umwandlung von Rüstungsbetrieben in zivile Produktionsbetriebe ein.

Frank Thurow als Vertreter der GEW sprach sich gegen die die Aktion der Bundeswehr, Jugendoffiziere in die Schulen zu schicken, die den Soldatenberuf interessant und attraktiv machen sollen. Bei „einem Tag der offenen Tür“ dürfen Kinder auf Panzern rumklettern und sind natürlich begeistert.

Aktionen müssen verboten werden und die Proteste von allen Seiten nur so hageln. Mit den Auftritten des Folkduos Eric & Anders und der Schauspielerin Tine Josch (Gedichte und Texte gegen den Krieg) endete die Kundgebung. Leider wurden bei der Veranstaltung nur 150 Personen gezählt.

Benno Stahn vom Kieler Friedensforum dankte allen Mitwirkenden und Teilnehmern.

Gerd Adolph



Heideruh gesichert

Das Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ e. V. befindet sich in der Nordheide und ist als antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte von großer Wichtigkeit.

Heideruh scheint jetzt in seinem Bestand gesichert. Das wurde auf der Mitgliederversammlung des Trägervereins am 17. März bestätigt. Die spannende und wechselvolle Geschichte unseres Wohn- und Ferienheims in der Nordheide führte der scheidende Vereinsvorsitzende Richard Pfaff den 30 Anwesenden in seiner Eröffnungsansprache vor Augen. Andenken an alle Opfer des Faschismus, Weitergabe ihres Vermächtnisses an eine jüngere Generation, Völkerverständigung in internationaler Gesinnung sind die wesentlichen Zielsetzungen.

Wie die Ehrung der Verstorbenen und die Struktur der Mitgliedschaft enthüllen, gibt es da Handlungsbedarf, immerhin ist das jüngste Mitglied 16, das älteste 101. Gegründet als Kinderheim, später Erholungsheim war Heideruh stets Rückzugsmöglichkeit für Verfolgte und im Kalten Krieg erneut Verfolgte. In der Umgebung gab es nur verschwommene Vorstellungen von dem, was sich da an Menschen traf. In welcher Form können wir den Nazis heute entgegenzutreten, ohne Zielpunkt von Überfällen zu werden? Wie weit können wir da Schutz bieten, wenn wir stärker in die Öffentlichkeit treten? Wieweit in die Medien gehen?

Unser Kamerad Helmuth Fleischhauer wurde Ehrenvorsstandsmitglied. Mit der Verleihung des Hans-Frankenthal-Preises wurde im vergangenen Jahr ein Schritt nach außen getan. Erstmals ist die Stadt Buchholz bereit, das Wirken Heideruhs am Gedenktag für die Opfer des Faschismus 2013 zu würdigen. Mit einer verjüngten Geschäftsführung und Erweiterung der Satzungszwecke gelang es, die Gemeinnützigkeit zu erhalten und die Bilanz in den schwarzen Bereich zu bringen.

Manches hat sich dank Bea Trampenau geändert. Erholung steht im Sommer im Vordergrund, Bildungsseminare an den Wochenenden, Zeltlager von Jugendgruppen bringen Umstellung eingefahrener Gewohnheiten. Erstmals seit 2004 gibt es Plus bei den Belegungszahlen. Natürlich hat alles seinen Preis. Um drei Euro steigt der Übernachtungspreis. Es gibt Lücken bei den Freiwilligen, alleine schon altersbedingt. Helfer werden für Bau- und Sanierungsarbeiten gesucht, im Oktober wieder und auch sonst für die Sommer-Wochenenden. Nach einer lebhaften Aussprache wurde Dr. Matthias Werner neuer Vorsitzender, Matthias Peters stellv. Vors., Anja Stoeck Schriftführerin und Sascha Wegener Schatzmeister.

Bericht des Vorstandsmitglieds Raimund Gaebelein (Bremen)

Neonaziparlamentarier vor Gericht

Land Mecklenburg-Vorpommern will NPD-Fraktion mit Unterlassungsklagen in ihre Schranken weisen

Zwei Unterlassungsklagen des Landes Mecklenburg-Vorpommern gegen die NPD-Landtagsfraktion werden am morgigen Dienstag vor dem Landgericht Rostock verhandelt. Hintergrund sind Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden Udo Pastörs, die auch auf der Homepage der NPD veröffentlicht worden waren. Unter dem Titel „Landtagspräsidentin dreht völlig durch“ nennt Pastörs Amtsinhaberin Sylvia Brettschneider (SPD) eine „Gesinnungsextremistin“, die „der nicht frei gewählten Volkskammer alle Ehre gemacht“ hätte. Kurz zuvor hatte Brettschneider Pastörs wegen Zwischenrufen des Saals verwiesen.

In den Augen der Landesregierung handelt es sich bei den Äußerungen des NPD-Mannes um eine Schmähkritik, „die von der Meinungsfreiheit nicht gedeckt ist“. Die zweite Unterlassungsklage richtet sich gegen die Behauptung der NPD, Besucher des Landtags seien gezwungen worden, „sich (...) auf Socken im Gebäude zu bewegen“. Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im Schweriner Schloß hatten zwei Besuchern mit Schuhen der bei Neonazis beliebten Marke „New Balance“ im Juni 2011 den Zutritt verweigert und ihnen wenig später Wechselschuhe angeboten. Weil die NPD-Behauptung unwahr sei, klagt das Land auf Unterlassung.

Bereits im vergangenen Jahr hatte das Landgericht eine einstweilige Verfügung gegen die NPD in einer solchen Angelegenheit für rechtmäßig erklärt. Nun muss die Kammer entscheiden, ob die Partei die Äußerung dauerhaft unterlassen muss. Seit ihrem Wiedereinzug in das Schweriner Schloss im September 2011 hat sie fünf Sitze im Landtag. Seitdem sind die Ordnungsmaßnahmen gegen die Mitglieder der Fraktion in die Höhe geschossen. So nannte Fraktionschef Pastörs die BRD eine „Judenrepublik“, türkische Männer bezeichnete er – Thilo Sarrazin lässt grüßen – als „Samenkanonen“ und einen ehemaligen Vorstand der US-Notenbank als „Krummnase“.

Am 1. März hatte der Schweriner Landtag wegen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen die Immunität von Pastörs und seines Fraktionskollegen David Peterleit aufgehoben. Dabei handelt es sich erneut um den Vorwurf der Volksverhetzung – Pastörs ist wegen dieses Tatbestandes bereits vorbestraft. Aktuell geht es um eine Rede, die der heute 59-jährige vor einem Jahr im Landtag gehalten hatte und in der er Opfer des deutschen Faschismus verunglimpft hatte. Peterleit war von den Grünen wegen Volksverhetzung angezeigt worden, weil er über das Internet CDs mit rechtsextremem Inhalt vertrieb. Die Immunität von Pastörs war bereits im vergangenen Jahr aufgehoben worden, wegen der neuen Legislaturperiode musste der Landtag noch einmal einen entsprechenden Beschluss fassen.

Kai Butler

Den Artikel finden Sie unter:

<http://www.jungewelt.de/2012/03-12/022.php>

Mit freundlicher Genehmigung der Tageszeitung „junge welt“ Berlin veröffentlicht (c) Junge Welt 2012

<http://www.jungewelt.de>

Demokratische Rechte und Kultur

Berufsverbote: GEW fordert Rehabilitierung

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft diskutierte in Göttingen über „Radikalenerlaß“ von 1972

Am Samstag fand in der Geschwister-Scholl-Gesamtschule in Göttingen eine Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zum Thema „40 Jahre Radikalenerlaß“ mit etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Am Vortag hatte der GEW-Hauptvorstand eine Resolution gegen die Gesinnungsschnüffelei verabschiedet. Der Erlaß, der auf einen Beschluß des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) und der Regierungschefs der Länder vom 28. Januar 1972 zurückgeht, hatte Millionen Regelanfragen beim Verfassungsschutz zur Folge. Zur Bilanz der Verfolgung gehörten 11000 Verfahren wegen Tätigkeitsverbot, 2200 Disziplinarverfahren, weit über 1000 Ablehnungen von Bewerberinnen und Bewerbern sowie 265 Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst.

In dem nun gefaßten Beschluß bewertet die GEW den „Radikalenerlaß“ und die darauf beruhende Politik der Berufsverbote, die in vielen Fällen Mitglieder der DKP traf, als eine politische und rechtsstaatlich falsche Entscheidung, die eine verhängnisvolle gesellschaftliche Entwicklung in Gang gesetzt habe. „Die Politik der Berufsverbote war und ist verfassungswidrig“, so die GEW. Die Gewerkschaft fordert eine

umfassende Rehabilitierung der Betroffenen durch Bund, Länder und Kommunen sowie die unverzügliche Streichung der sogenannten Extremismusklausel. Zudem bittet die GEW die Betroffenen der sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse um Entschuldigung. Die Gewerkschaft hatte zwar vielen Mitgliedern in ihrem Kampf gegen Berufsverbote Rechtsschutz gegeben, doch nicht wenige wurden auch „als linksextremistisch“ ausgeschlossen. Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW, bezeichnete die Veranstaltung sowie den Antrag in Göttingen als „überfällig“ und einen „notwendigen Auftakt“ auch zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte. Das Jahr 2012 solle für weitere Veranstaltungen mit Zeitzeugen genutzt werden, um auf die Auswirkungen der Berufsverbote aufmerksam zu machen, so Thöne. Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB-Bezirks Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt erinnerte an die Parteiordnungs- und Ausschlußverfahren, die schon wegen einer Unterschrift gegen die Berufsverbote eingeleitet worden seien. Eine zeithistorische Einordnung lieferte Prof. Dr. Wolfgang Wippermann von der FU Berlin. Die Schauspielerinnen Rosa Jansen und Katharina Schenk aus Berlin inszenierten die Verfolgungsparanoia eindrucksvoll in einer Lesung zu „Gesinnungsschnüffelei und Hexenjagd“. (jW)

www.berufsverbote.de

Den Artikel finden Sie unter:

<http://www.jungewelt.de/2012/03-20/045.php>

Mit freundlicher Genehmigung der(c) Junge Welt 2012

<http://www.jungewelt.de>

„Was gesagt werden muss...“ – und nicht verschwiegen werden darf

Geschrieben von: Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V.

Wir, die Mitglieder der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost, gratulieren Günter Grass für seine aufrichtige Aussage in bezug auf die Atompolitik Israels. Auch wenn Günter Grass durch sein langes Schweigen über seine ehemalige Angehörigkeit zur Waffen-SS Glaubwürdigkeit in Sachen NS-Aufarbeitung einbüßt, so zeigt die hysterische Reaktion jüdischer und nicht-jüdischer Deutscher deutlich, dass er ins Ziel getroffen hat. Mit Recht weist Grass auf die überlegene Stärke der vierten Atommacht des Staates Israel und die Gefahr eines tödlichen Kriegs, der mit oder ohne Unterstützung der USA den ganzen Nahen Osten in Mitleidenschaft ziehen und möglicherweise auf die restliche Welt übergreifen würde. Der Wunsch der im Iran Herrschenden, dass das „zionistische Regime“ verschwinden möge, hat seine genaue Entsprechung im Wunsch der USA und Israels, dass das „islamistische Mullah-Regime“ verschwinden möge. Unsere Medien und Politiker verteufeln das eine als „Vernichtungsdrohung gegen die Bevölkerung“ und spielen das andere als „berechtigte Forderung“ herunter.

Wir verteidigen das Recht aller deutscher Bürger und Bürgerinnen, die menschenverachtende Politik des Staates Israel

zu kritisieren, ohne als Antisemiten diffamiert zu werden. Diese Taktik dient nur dazu, jegliche Kritik an der israelischen Politik abzuwürgen, wie auch vom real existierenden Antisemitismus abzulenken. Ein „jüdischer“ Staat sollte und wollte ein Staat sein wie jeder andere und als solcher muss auch Israel Menschenrechte respektieren und sich dem Völkerrecht beugen, ohne wegen der Vergangenheit einen Ausnahmestatus zu beanspruchen. Wie Günter Grass unterstreicht, sollte gerade Deutschland sich nicht zum Handlanger einer neuen Katastrophe machen. In diesem Zusammenhang ist es mehr als bedenklich, dass die von der Bundesrepublik an Israel gelieferten U-Boote mit atomaren Sprengköpfen ausgerüstet werden können. Auch deshalb beobachten wir die Waffenlieferungen der Bundesregierung an Israel mit Sorge und fordern diese auf, den nötigen Druck auszuüben, auch durch Sanktionen, um Inspektionen und Kontrollen des israelischen Atomprogramms zu ermöglichen wie für jedes andere Land üblich ist. Als Jüdische Stimme befürworten wir einen atomfreien Nahen Osten.

*Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V., 5.4.2012
Entnommen: www.redglobe.de vom 11.4.2012*

Historisches

*Wenn Dreiecke denken könnten,
würden sie sich ihren Gott
dreieckig vorstellen.*

Baruch Spinoza (1632–1677)



Der niederländische Philosoph entfaltete nach streng geometrischer Methode ein pantheistisches System, d. h., er setzte Gott mit der Natur gleich. Er leugnete die jüdisch-christliche Vorstellung von einem höheren Wesen. Spinoza ging in seiner Philosophie vom Naturrecht aus, überließ dem Individuum aber einen gewissen Spielraum (Rationalismus; ratio = Vernunft).

Wegen „religiösen Freidenkertums“ wurde er 1656 aus der jüdischen Gemeinde ausgeschlossen und aus Amsterdam verbannt.

Er arbeitete vorübergehend als Linsenschleifer. Zu seinen Lebzeiten wurde seine Philosophie als Skandal empfunden.

Ende des 18. Jahrhunderts fand Spinoza besonders im deutschen Sprachraum Bewunderer, darunter auch unser bedeutendster Dichter Johann Wolfgang von Goethe.

Gerd Adolph

Quellenangaben:

Kompaktlexikon Harenberg
Knauers Lexikon
Bild: Internet

*Ein Buch ist ein Spiegel,
wenn ein Affe hineinguckt,
so kann kein Apostel
heraussehen.*
(Aus seinen Sudelbüchern)

Zum 270. Geburtstag

Georg Christoph Lichtenberg (1742 – 1799)

Wie unsere bedeutendsten Dichter Goethe, Lessing lebte auch der Naturwissenschaftler und Schriftsteller Georg Christoph Lichtenberg, geb. 1742 in Ober-Ramstadt/Darmstadt, gest. 1799 in Göttingen, in der Epoche der Aufklärung. Er war einem breiteren Publikum vor allem durch seine der Aufklärung verpflichteten satirischen Schriften bekannt.

Internationales Ansehen genoss Lichtenberg als Naturforscher und Experimentalphysiker.

Mit seinen nach dem Tod erschienenen Sudelbüchern wurde er zum Begründer des deutschen Aphorismus*.

1763 bis absolvierte er ein Mathematik- und Physikstudium in Göttingen.

1764 begann er mit der „Sudelbuchführung“.

Von 1780 bis 1785 war er Herausgeber des Göttingischen Magazins.

Es folgte weitere wissenschaftliche Tätigkeit in Göttingen. 1789 fand die Heirat mit Margarethe Kellner statt.

1800 – 1806 entstanden erste Auszüge aus den Sudelbüchern:

Ein Grab ist doch immer die beste Befestigung wider die Stürme des Schicksals.

Das bisgen Kopf, das sie noch haben, zerbrechen sie sich mit solchem Zeuge.

Da sie sahen, dass sie ihm keinen katholischen Kopf aufsetzen konnten, schlugen sie ihm wenigstens seinen protestantischen ab.

Wenn ich nur wüsste, wer es dem ehrlichen Mann beibringen wollte, dass er nicht klug ist.

Dass in den Kirchen gepredigt wird, macht deshalb die Blitzableiter auf ihnen nicht unnötig.

Unsere Theologen wollen mit Gewalt aus der Bibel ein Buch machen, worin kein Menschenverstand ist.

Gerd Adolph

* Geistreicher, knapp formulierter Gedanke (Lebensweisheit)



DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND E.V.

Landesverband Nord. e.V.

Rundbrief

Herausgeber: Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Uwe und Angelika Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg, Tel. (0 40) 6 31 62 60

Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 3/2012: 31. Juli 2012

Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V.

Nr. 108359207 (BLZ 200 100 20) bei der Postbank Hamburg

In Kooperation mit dem DFV Landesverband Niedersachsen, Kontakt: Bernd Fricke, Tel. 0531 - 34 00 82, mail: dfv-niedersachsen@freidenker.de

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine

DEUTSCHER FREIDENKER - VERBAND (DFV) e. V.

Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg; Tel. 040/631 62 60/Mail: dfv-nord@freidenker.de

DFV-Verbandsvorstand (VV)

VV-Sitzung 1.6. um 18.00 Uhr in Nürnberg

2./3. 6. Verbandstag in Nürnberg

DFV-Landesverband Nord e. V. (LV)

27. bis 29. 4. Exkursion nach Eckernförde und Haithabu (Wikingermuseum), Stadtrundgang (Einladungen und Anmeldungen sind versandt bzw. bestätigt worden).

Sa. 30. 06. um 12.00 Uhr Vorstandssitzung in Lüneburg

Orts- und Kreisverbände

Hamburg

Infos: Uwe Scheer, Tel. 040/631 62 60 (Einladungen werden versandt)

Kiel

DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe“ jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19.

Infos: Gerd Adolph; (Tel. 0431/52 48 07)

Neustrelitz

Mitglieder und Freunde der Gruppe Neustrelitz bekommen die Einladungen mit den Terminen für die Zusammenkünfte zugesandt.

Infos: Dr. Elliemarie Simon (Tel. 03981/ 44 32 05)

Lüneburg

Infos: Cornelius Kaal, Stellv. Landesvorsitzender, (Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867)

Bremen/Bremerhaven: Infos: z.Z. über Uwe Scheer

(Tel 040/631 62 60)

Weitere aktuelle Informationen unter www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

Hinweise auf Veranstaltungen befreundeter Organisationen (ohne Parteien):

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg

Infos und Anmeldungen für 2013 bei Helmuth Sturmhoebel; Vorsitzender (Tel. 040/724 55 45)

8. Mai um 20.00 Uhr: AG Jugendweihe zusammen mit DGB-Bergedorf und VVN/BdA: Streiflichter aus dem Widerstand – nicht nur in Bergedorf-Lesung und Musikveranstaltung im Gewerkschaftszentrum, Bergedorfer Hafen, Serrahnstraße 1;

9. Juni; 10.00 Uhr: Jugendfeier der AG Jugendweihe Groß-Hamburg in der Friedrich-Ebert-Halle in Hamburg-Harburg; Mail: ag-jugendweihe-hh@jugendweihe-info.de

Für die Jugendweihe in Lüneburg und Umgebung:

Infos und Anmeldungen für 2013: Cornelius Kaal, (Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867)

www.jugendweihe-hamburg.beep.de

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e. V.

Es gibt Führungen durch die Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg“, Wilhelm Raabe-Weg 23. Termine der WBG unter www.willi-bredel-gesellschaft.de oder über Telefonnummer 040/59 11 07. Adresse: Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg (U- und S-Bahnstation Hamburg-Ohlsdorf). Die Geschichtswerkstatt ist jeweils dienstags von 16.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Kooperation mit KZ-Gedenkstätte Neuengamme: Literatur, Kunst und

Kultur – Literarischer Spaziergang über den Ohlsdorfer Friedhof am 17. Juni, 10.00 Uhr Begleitung: Michael Grill und Herbert Diercks. **Wer von den Freidenkern und Freunden kommt mit: Tel. 040 - 6316260**

28.4. 2012, 11.00 Uhr: Die Erschossenen vom Höltingbaum (28. 4. 1945 - 28. 4. 2012)

Haus der Wilden Weiden im „Naturschutzgebiet Höltingbaum“, Eichberg 63, Bus 462 ab Busbahnhof Rahlstedt Richtung Braaker Grund.

12.5., 10.00 Uhr Kriegsklotz- 4. Friedensfest für ein Deserteursdenkmal in Hamburg,

Infostand des DFV und anderer Verbände.

Aktuelle Infos unter www.feindbegünstigung.de

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/VVN/BdA:

Landesverband Hamburg; Tel. 040319 37 95; weitere Infos s. www.vvn-bda.hamburg.de,

8. 5. 20.00 Hamburg-Bergedorf, Serrahnstr. 1 am Bergedorfer Hafen „Streiflichter aus dem Widerstand nicht nur in Bergedorf“ zusammen mit AG Jugendweihe und DGB

VVN-BdA-Landesverband Schleswig-Holstein, Lindenstr. 9, 24118 Kiel; Kontakt und Infos: e-Mail: vn-bda-sh@t-online.de und www.kueste.vvn-bda.de

Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e. V. :

Tarpenbekstr. 66, Ecke Ernst-Thälmann-Platz in 20251 Hamburg-Eppendorf, Infos: www.thaelmann-gedenkstaette.de

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Kreis Hamburg

1. 5. um 11.00 Uhr; DGB-Demonstration zum 1. Mai Beginn: Spielbudenplatz/St. Pauli

12.00 Uhr Kundgebung Fischmarkt; Es sprechen Uwe Grund, DGB-Vors. Hamburg,

Berthold Huber, IG-Metall Vors. und Isabel Artus, Vors. DGB-Jugend HH; www.dgb.de

ver.di - Landesbezirk Hamburg

Arbeitskreis „Antirassismus“

Jeden ersten Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60

Kontakt und Anfragen: agnes.schreieder@verdi.de

22.5., 10.00-13.00 Uhr: Basare-Moscheen – Barbieri -

Stadtteilrundgang der ver.di-Senioren in St. Georg mit Michael Joho.

Treff: Kirchenallee, Eingang Schauspielhaus, ca. 4 Euro

Erich-Mühsam-Gesellschaft e. V. Lübeck :

Kontakt: Sabine Kruse, Charlottenburger Str. 23, 23560 Lübeck

18. bis 20. 5. 2012 Bad Malente: Jahrestagung für Mitglieder und Gäste

Infos: www.erich-muehsam-gesellschaft.de

Tel.0451704491

Wohn- und Ferienheim „Heideruh“,

Buchholz in der Nordheide, OT Seppensen.

28.7., Sommerfest Heideruh u.a mit Kai Degenhardt

Tel. 04181/8726

Infos: unter www.heideruh.de

Stand: 16. 4. 2012/Sche